

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zur Beratung des Agrarberichts 1985 der Bundesregierung — Drucksachen 10/2850, 10/2851 —

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. eine Kurskorrektur in der Agrarpolitik vorzunehmen, und zwar insbesondere durch
 - a) eine Abkehr von bürokratischen Reglementierungen und die Hinwendung zu einer stärker marktorientierten EG-Agrarpolitik, um die Marktordnungsausgaben der EG zu senken und einen besseren Interessenausgleich zwischen landwirtschaftlichen Erzeugern, vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereichen, Verbrauchern und Steuerzahlern sowie zwischen den EG-Mitgliedstaaten zu erreichen;
 - b) eine Neuorientierung der Einkommenspolitik in Richtung auf einen vermehrten Einsatz direkter, produktionsunabhängiger Einkommensübertragungen;
 - c) die Vorlage eines Programms für eine umweltverträgliche Landwirtschaft;
2. die einzelbetriebliche Milchkontingentierung in der Bundesrepublik Deutschland abzuschaffen und für eine EG-einheitliche Anwendung der Regelungen auf dem Milchmarkt einzutreten. Für die besonders betroffenen Betriebe und Gebiete, die auf die Milcherzeugung angewiesen sind, müssen – solange die derzeitige Regelung gilt – zusätzliche Erleichterungen geschaffen werden, wobei den Bundesländern die Möglichkeit eröffnet werden sollte, Milchquoten für besonders dringende Fälle bereitzustellen;
3. die Verhandlungen über die Festsetzung der Agrarpreise für das Wirtschaftsjahr 1985/86 konstruktiv zu führen, auf eine schnellstmögliche Verabschiedung hinzuwirken, damit sich Erzeuger und betroffene Wirtschaft auf die neuen Gegebenheiten einstellen können und erneute einseitige Belastungen, etwa durch einen weiteren Abbau des deutschen Rest-Währungsausgleichs, abzuwenden;

4. bei Getreide für eine preisliche Absicherung nach dem Futterwert der einzelnen Getreidearten einzutreten, die geltende globale Garantieschwellenregelung durch eine differenzierte Mitverantwortungsabgabe zu ergänzen und die importierten Getreidesubstitute in die Marktordnung für Getreide einzu beziehen;
5. endlich den überfälligen Parlamentsauftrag vom 16. Februar 1982 zu erfüllen und einen Gesetzentwurf über eine sozial gerechte Staffelung der Bundeszuschüsse in der Altershilfe für Landwirte mit einer wirksamen Entlastung der einkommensschwachen Klein- und Mittelbetriebe vorzulegen;
6. in der Fischereipolitik in Zusammenarbeit mit den betroffenen Ländern, den Unternehmen der Hochseefischerei, den Verarbeitern, dem Handel und den Gewerkschaften eine dauerhafte und tragfähige Konzeption für die Zukunft der deutschen Hochseefischerei zu erarbeiten, um die verfügbaren Fischfangquoten auszuschöpfen und Arbeitsplätze in den Küstenregionen zu sichern.

Bonn, den 13. März 1985

Dr. Vogel und Fraktion